
Hessen: Landesregierung soll frei werdende BAföG-Mittel für Studierende und Studentenwerke einsetzen

Soziale Infrastruktur

Hessen: Landesregierung soll frei werdende BAföG-Mittel für Studierende und Studentenwerke einsetzen

Die hessischen Studentenwerke appellieren nachdrücklich an das Land Hessen, die freiwerdenden BAföG-Mittel in Höhe von über 80 Mio. Euro auch für den Ausbau der sozialen Infrastruktur einzusetzen.

Besonders dringend: Bei den Studentenwerken die benötigten zusätzlichen Wohnheim-, Mensa- und Beratungskapazitäten ausbauen.

Nach Konrad Zündorf, Sprecher der hessischen Studentenwerke, „dienten die Mittel, um welche der Bund nun die Länder beim BAföG entlastet, bisher der unmittelbaren Förderung der Studierenden. Daher müssen sie den Studierenden weiter zugutekommen, und zwar mit einem signifikanten Anteil.“

Konkret fordern die fünf hessischen Studentenwerke:

- BAföG / AFBG: Die Antragszahlen sind sehr stark angestiegen. Dies führte zu zusätzlichem Personalbedarf sowie gestiegenen Tarif- und Sachkosten. Die Aufwandserstattung muss den tatsächlichen Kosten entsprechen und mindestens in Höhe von 1 Mio. Euro p.a. aufgestockt werden.
- Wohnen: Die Zahl der Wohnheimplätze in Hessen soll sukzessive auf ein Niveau von mindestens 10 % der Studierenden in Hessen und damit annähernd auf die bundesweite Versorgungsquote gebracht werden. Hierfür ist ein eigenes Förderprogramm für weitere 2.000 Plätze mit günstigen Mieten unter 300 EUR p.m. bei den Studentenwerken in Höhe von 60 Mio. EUR erforderlich.
- Darüber hinaus soll die Instandhaltung der Wohnheime und verbesserte Betreuung, insbesondere internationaler Mieter/innen durch das Land Hessen mitfinanziert werden (+ ca. 1 Mio. EUR p.a.).
- Mensen & Cafeterien: Abdeckung der Mehraufwendungen in Höhe von 1,26 Mio. EUR für verlängerte Öffnungszeiten, mehr Einrichtungen, dadurch gestiegene Sach- und Personalkosten. Außerdem regen die Studentenwerke an, in den kommenden Jahren mit Priorität Einrichtungen zu erneuern bzw. Bedarfslücken zu schließen.
- Beratung: Aufgrund des gestiegenen Beratungsbedarfs benötigen die Studentenwerke 10 EUR statt bisher 8 EUR je Studierendem und Jahr (+ 400 TEUR).
- Kinderbetreuung: Aufgrund der unzureichenden Versorgung sollen die bei den hessischen Studentenwerken geförderten Kinderbetreuungsplätze von 200 auf 400 verdoppelt werden (+ 500 TEUR).

Kontakt:

Katrin Wenzel

Leiterin PR & Marketing

Studentenwerk Frankfurt am Main

Telefon: 069 798 34903

Telefax: 069 798 23057

E-Mail: katrin.wenzel@studentenwerkfrankfurt.de [9]

23.06.2014

Source

URL: <https://www.studentenwerke.de/de/content/hessen-landesregierung-soll-frei-werdende>

Links

[1] <https://www.studentenwerke.de/rss-feed.xml> [2] <https://www.studentenwerke.de/de/print/2464>
[3] <https://www.studentenwerke.de/de/printpdf/2464> [4]
<mailto:administrator@studentenwerke.de?Subject=UserMail%20text> [5] <mailto:?Subject=Studentenwerke.de+-+geteilter+Link&body=https%3A%2F%2Fwww.studentenwerke.de%2Fde%2Fcontent%2Fhessen-landesregierung-soll-frei-werdende> [6] <https://twitter.com/share> [7] <https://www.facebook.com/sharer/sharer.php?u=https://www.studentenwerke.de//de/content/hessen-landesregierung-soll-frei-werdende> [8] <https://plus.google.com/share?url=-> [9]
<mailto:katrin.wenzel@studentenwerkfrankfurt.de>